

Jan Sikora

Sprechhandlungen in der Publizistik der Freien Stadt Danzig bei der sprachlichen Schilderung von Juden aus kontrastiver Sicht

Studia Germanica Gedanensia 15, 53-74

2007

Artykuł został opracowany do udostępnienia w internecie przez Muzeum Historii Polski w ramach prac podejmowanych na rzecz zapewnienia otwartego, powszechnego i trwałego dostępu do polskiego dorobku naukowego i kulturalnego. Artykuł jest umieszczony w kolekcji cyfrowej bazhum.muzhp.pl, gromadzącej zawartość polskich czasopism humanistycznych i społecznych.

Tekst jest udostępniony do wykorzystania w ramach
dozwolonego użytku.

Jan Sikora

Instytut Filologii Germańskiej
Uniwersytet Gdański, Gdańsk

Sprechhandlungen in der Publizistik der Freien Stadt Danzig bei der sprachlichen Schilderung von Juden aus kontrastiver Sicht

Die Geschichte der Freien Stadt Danzig wurde zum Thema zahlreicher Abhandlungen, die diverse politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte der 20er und 30er Jahre des XX. Jahrhunderts erörterten. Neben umfangreichen Buchpublikationen, wissenschaftlichen Artikeln, Tagebüchern, Briefen bilden Tageszeitungen aus jener Zeit eine reichhaltige Quelle der Informationen über den Danziger Alltag. Der vorliegende Aufsatz versucht die Sprachhandlungen der Danziger Presse der Freien Stadt Danzig zu charakterisieren, mit denen die Danziger jüdische Minderheit beschrieben wurde.

Die Anfänge der Präsenz von Juden in Danzig werden unterschiedlich angegeben. Erste jüdische Ansiedler werden im XIV. Jahrhundert genannt. Die Integration der jüdischen Einwanderer mit der einheimischen Bevölkerung gestaltete sich nicht ohne Probleme, die anfänglich religiösen Hintergrund hatten. Die Christen und Juden vertraten andere Religionen, andere Sitten, Traditionen, eine andere Geschichte. Der Weg der jüdischen Vertreter zum öffentlichen Leben wurde grundsätzlich gesperrt. Mit der Zeit haben sich die Juden auf Aktivitäten vor allem im Bereich des Handels und der Geldgeschäfte spezialisiert, die weitgehend Grundlage ihrer Existenz bildeten. Die Juden waren seit Generationen in Europa und anderen Kontinenten verstreut und siedelten sich in diversen Ländern an, als Volk ohne eigenes Land. Die Einstellung der einheimischen Bevölkerung zu Juden war weder einheitlich positiv noch entschieden negativ. Viele Juden waren bereit, sich an die Mehrheitskultur zu assimilieren. Sie lernten die Sprache der Einheimischen, übernahmen kulturelle Gewohnheiten, den Lebens- und Kleidungsstil der Nachbarn, andere orthodoxe Juden waren mit ihrer Religion, Traditionen, Sprache und Kleidung fest verbunden und blieben dadurch abgesondert.

Nicht anders war es in der Freien Stadt Danzig. Die seit Generationen ansässige jüdische Gemeinschaft hatte hier für sich einen festen Platz gefunden.

Die in der Freien Stadt Danzig lebende jüdische Gemeinschaft bestand neben anderen ethnischen Gruppen gemeinsam mit der auf über 90% berechneten deutschsprachigen Bevölkerung der Stadt. Die jüdische Minderheit betrug nach unterschiedlichen Schätzungen unter 1% der Gesamtbevölkerung und war u.a. im Handel und Gewerbe tätig. Die durch Jahrhunderte gestalteten Formen der Aktivität machten die Juden zur markanten Bevölkerungsgruppe, die den Markt von Waren und Gewerbe mitbestimmte. Jüdische Geschäfte, Banken, Mietshäuser machten die Danziger Landschaft aus, zusammen mit Danziger und ausländischen Unternehmen in der Stadt. Gläubige mosaikförmige Bekenntnisse waren in Gemeinden organisiert, die ihre Interessen nach außen vertraten.

Das Verhältnis der Danziger Bevölkerung zu den Juden gestaltete sich durch Generationen und basierte zum Teil auf religiösen Überzeugungen, die von der katholischen Kirche aufrechterhalten wurden, zum Teil auf den von Haus aus überlieferten Stereotypen und Klischees und zum Teil auf gedruckten Materialien, darunter auf Zeitungen, die sich mit unterschiedlicher Intensität mit der jüdischen Problematik auseinandersetzten. Die vorliegende Untersuchung stützt sich auf die deutschsprachige Tageszeitung „Danziger Neueste Nachrichten“, die Zeitung mit der größten Auflage in der Freien Stadt, die seit 1891 ohne größere Unterbrechungen bis Ende August 1944 (Kowalak 1971:117) erschien.¹

„Danziger Neueste Nachrichten“ erschienen in Danzig als eine überregionale Tageszeitung. Der besondere Rang der „Danziger Neuesten Nachrichten“ resultierte daraus, dass die Redaktion eigene Korrespondenten in den meisten europäischen Ländern hatte, was sich nicht jede Redaktion in Danzig leisten konnte. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ war eine Tageszeitung mit typischen Bereichen, die in sonstigen Tageszeitungen zu finden sind. Die Werktagausgabe der „Danziger Neuesten Nachrichten“ umfasste in der Regel 10 bis 12 Seiten. Die Wochenendausgabe war umfangreicher, denn sie war um eine Beilage der „DNN“ mit Beiträgen aus dem kulturellen Bereich erweitert.

Die Themenbereiche lassen sich in Bezug auf den territorialen Umfang in lokale Danziger Themen und globale Themenbereiche mit Nachdruck auf die europäische Entwicklung in Politik, Wirtschaft, Kultur etc. einteilen.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung stehen Publikationen verbunden mit der jüdischen Problematik. Der untersuchte Korpus umfasst die zwanziger und dreißiger Erscheinungsjahre des 20. Jahrhunderts. Die gefundenen Pressebeiträge wurden auf verwendete Sprachhandlungen und quantitativ auf Häufigkeit des Auftretens untersucht. Bei der Bestimmung der Sprechhandlungstypen stützen wir uns auf die Einteilung von J.R. Searle sowie von

¹ Vgl. Andrzejewski Marek, Szkic dziejów największej gazety w Wolnym Mieście Gdańsku – Danziger Neueste Nachrichten. In: Gdańskie Zeszyty Humanistyczne 21, Nr.25 [Druck 1979], S. 81ff.

J. Habermas (Beck 1980:88ff.), die Sprechhandlungsverben in Gruppen einteilen wie Kommunikativa, Konstativa, Repräsentativa, Regulativa u.ä. Wir stimmen der Auffassung von Polenz zu, die Zahl der Typen von Sprachhandlungen sei offen und gehe in Tausende. Seine Klassifikation umfasst sechs Gruppen von Sprechhandlungen, die stellenweise mit genannter Searlschen Gliederung überlappt (Polenz 1988:204f.). Die Untersuchung will erklären, welche Sprechhandlungstypen sich bei der Charakteristik der Juden in der untersuchten Zeitung feststellen lassen. Im Weiteren wird auf den quantitativen Aspekt der Häufigkeit des Auftretens von Berichten über die jüdische Bevölkerung in den „Danziger Neuesten Nachrichten“ eingegangen.

Die Untersuchung trägt einen kontrastiven Charakter und will auf Analogien und Differenzen in der Verwendung von Sprechhandlungen in Pressematerialien hinweisen, die sich mit der Problematik der Juden in der dritten und vierten Dekade des 20. Jahrhunderts auseinandersetzen.

Zur Analyse der Pressebeiträge.

Die zwanziger Jahre

Die Danziger Juden

Die Beiträge der „Danziger Neuesten Nachrichten“, die sich über Juden im positiven Sinne äußern, sind relativ selten zu treffen. Als Beispiel wird ein Artikel vom 6. Sept. 1927 präsentiert, u.d.T.:

Eine Synagoge für Langfuhr.

Die Grundsteinlegung zum Gotteshause am Mirchauer Weg.

Der Verfasser äußerte sich zum Bauprojekt einer Synagoge in Danzig=Langfuhr folgenderweise:

Seit langem bestand unter unseren in Langfuhr wohnenden jüdischen Mitbürgern das Verlangen nach einem eigenen Gotteshause, ein Bedürfnis, das mit der raschen Entwicklung des größten Danziger Vorortes immer mehr in Erscheinung trat. Diesem Umstande Rechnung tragend, faßten Vorstand und Repräsentanten versammlung vor kurzem den Beschluß zum Bau einer Langfuhrer Synagoge und bereits gestern nachmittag

konnte auf dem Grundstück Mirchauer Weg Nr. 7 die feierliche Grundsteinlegung in Anwesenheit zahlreicher Mitglieder des Vorstandes und der Repräsentantenversammlung der Danziger Synagogen gemeinde erfolgen. Der sachlichen Feier wohnte als Vertreter der Regierung der Senator für Kirchliches, Dr. Schwartz, bei.

Abb. 1 (DNN, 6.08.1927, S.5.)

Von der publizistischen Textart ausgegangen, haben wir es mit einem typischen Bericht eines Geschehens zu tun. Der Leser erfährt von einer Feierlichkeit der Grundsteinlegung unter einer Kultstätte für eine Gläubigergruppe, die in Danzig ansässig war, sowie von Personen, die dem Geschehen

beiwohnen. Die Gläubigergruppe wurde namentlich als Synagogengemeinde bezeichnet, deren Vertreter mit offizieller Vertretung der Danziger Behörden den Bau eines neuen Objekts in Danzig verkündeten. Zum Schluss des Artikels wird die Stellungnahme des Danziger Senats zum geplanten Projekt verlautet:

Nachdem sodann Senator Dr. Schwartz die Glückwünsche des Senators übermittelt hatte, taten weitere Hammerschläge Architekt Imberg=Berlin und je ein Vertreter der Zoppoter Synagogen= gemeinde und der Borussia=Logge. Damit war der eindrucksvolle Akt beendet.

Abb. 2 (DNN, 6.08.1926, S. 5.)

Die präsentierten Artikelfragmente lassen sich sprechhandlungstheoretisch auswerten und bilden Beispiele für konstative Handlungen wie BERICH-TEN, bzw. MITTEILEN, die außer der informativen eine affektive, bzw. expressive Funktion mittragen. Der Verfasser verwendete bei der Schilderung des Geschehens Begriffe mit einem affirmativen Gefühlswert, wie unsere [...] Mitbürger in bezug auf die in Danzig ansässigen Juden. Die Bezeichnung unsere [...] jüdischen Mitbürger verbindet sich mit positiven Konnotationen und suggeriert positive Beziehungen der Danziger zu der jüdischen Bevölkerung. Im weiteren Teil des Artikels erfährt der Leser von der feierlichen Grundsteinlegung für die neue Synagoge in der Anwesenheit eines Senatsvertreters, was den Rang des Geschehens markierte.

Der präsentierte Bericht lässt sich einerseits als ein Sprechakt des Mitteilens einstufen, dem andererseits LOBEN, bzw. ANERKENNEN der in Danzig lebenden Juden begegnet. Daraus resultiert ein perlokutiver Bewirkungsversuch des ÜBERZEUGENS vom Eindruck einer natürlichen Symbiose der deutschstämmigen Danziger mit der jüdischen Minderheit.

Juden im Ausland

Eine umfangreiche Gruppe der Pressebeiträge der „Danziger Neuesten Nachrichten“ informiert den Leser über Probleme der Juden im Ausland. So lesen wir in einem Bericht des Warschauer Korrespondenten der „DNN“ von einer Sejmdebatte, wie folgt:

Zwischenfälle im Sejm (Von unserem Warschauer Vertreter)

In den beiden letzten Tagen wurde in den Sejmsitzungen eine recht ernste Angelegenheit behandelt. Schon seit Jahrzehnten waren in Galizien in österreichischer Zeit die kleinsten Trafiken für Tabak, der in Oesterreich bekanntlich ebenso monopolisiert war, wie in Po-

Das scheint eine sehr einfache Sache. Das Schlimme ist nur, daß viele dieser Konzessionen schon seit Generationen in der Hand derselben Familie sind, daß die Leute, besonders in der heutigen kritischen Zeit, absolut nicht anderes anzufangen wissen, wenn man sie ihrer Konzessionen beraubt, und daß in Galizien auf diese Weise 32 000 jüdische Familien brotlos gemacht werden sollen. Es ist also eine recht

len, fast ausschließlich in Händen von Juden. Rußland hatte keine Monopole, dafür aber die Banderole. Als Polen wieder selbständig wurde, sind auch von polnischer Seite im Kongreßpolnischen einigen wenigen Juden Konzessionen für den Tabakverkauf gegeben worden. Und nun erschien vor einigen Monaten plötzlich eine Verordnung des Präsidenten der Republik Polen, wonach im Verlaufe von zwei Jahren allen Invaliden, Invalidenwitwen, ferner solchen Personen, die sich um das Land verdient gemacht hätten Verkaufskonzessionen für die Monopolartikel, also Tabak, Spiritus und Salz, gegeben werden sollen. Soweit diese Konzessionen in den Händen von Juden sind, sollen sie ihnen einfach, und zwar ohne jede Entschädigung, abgenommen werden.

böse Art der „zahlungslosen Enteignung“, die der polnische Staat anwenden will, um seine Pflicht zu erfüllen, für die Invaliden zu sorgen. Auch ist es sehr böse, wenn der Staat Belohnungen für gute Dienste leistet, indem er andere entrechtet. Offenbar hat die Regierung, als sie dieses einfache System der Invalidenversorgung erdachte, nicht an die unheilvollen Folgen gedacht, die ein solches Vorhaben im Ausland, und vor allen Dingen in Amerika, auslösen müßten.

Abb. 3 (DNN, 29.05.1925, S. 1.)

Aus dem Bericht erfährt der Leser von der in Polen geplanten Benachteiligung der jüdischen Minderheit durch gesetzliche Abnahme der Konzessionen für den Verkauf von Monopolartikeln, der für diese Gruppe eine Existenzgrundlage bildete. Der Korrespondent erörtert Folgen dieser Maßnahme, die auf den sich im polnischen Staat ausbreitenden Antisemitismus hindeutet und verwendet dabei sperrgedruckte Phrasen ohne jede Entschädigung, zahlungslose Enteignung, die mit dem allgemein verstandenen Gerechtigkeitsgefühl im Widerspruch stehen. Auf die ungerechte Handlungsweise der polnischen Behörden verweisen Formulierungen diese Konzessionen [...] sollen ihnen (den Juden, J.S.) einfach [...] abgenommen werden; Das Schlimme ist nur, [...] wenn man sie ihrer Konzessionen beraubt; Auch ist es sehr böse, wenn der Staat Belohnungen für gute Dienste leistet, indem er andere entrechtet. Der Leser wurde einerseits von einer Maßnahme des polnischen Präsidenten informiert, die Invaliden und um das Land verdiente Personen mit materiellen Vorteilen würdigte, andererseits wurde auf negative Aspekte jener Maßnahme aufmerksam gemacht, wonach Vertreter der nationalen Minderheit unbegründet benachteiligt wurden. Der Bericht trägt eine informative Funktion, er ist zugleich Träger subjektiver Elemente, die emotiv gekennzeichnet sind und die polnische Behörde im negativen Licht erscheinen lassen.

Vom sprechhandlungstheoretischen Standpunkt aus liegt bei dem Bericht ein Beispiel für konstative Handlung vor, wie etwa BERICHTEN, in der Zusammenstellung mit Commissiva (Searle) z.B. mit BRANDMARKEN, bzw. KRITISIEREN der polnischen Behörden in der Art der Behandlung der jüdischen Minderheit.

Ein markanter Teil der Publikationen über Juden im Ausland verbindet Personen dieser Nationalität mit Aktivitäten, die mit bestehenden Normen des sozialen Zusammenlebens im Widerspruch stehen. Einerseits nehmen diese Aktivitäten die Form kollektiver Aktionen, und häufiger individueller Handlungen von kriminellem Charakter:

* Der „Bruderverein“. Vor dem Wilnaer Kreisgericht hat, der Gaz. Warsz. Por.“ zufolge, ein Prozeß gegen den jüdischen „Bruderverein“ stattgefunden. Der Verein mit diesem harmlosen Namen hatte, wie das polnische Blatt meldet, den Zweck, seinen Mitgliedern Diebstähle, Wechselfälschungen und sonstige Betrügereien „zu erleichtern“. Der Verein ist schon im Jahre 1922 gegründet worden und hat seither eine „segensreiche Tätigkeit“ entfaltet, denn die Mitglieder haben es durch Betrügereien usw. zu erheblichen Vermögensvorteilen gebracht.

Vor Gericht standen nicht weniger als 32 Angeklagte, vorläufig sind 6 von ihnen zu Gefängnisstrafen von 1,5-4 Jahren verurteilt worden. Das Interesse unter der jüdischen Bevölkerung für diesen Prozeß war erklärlicherweise außerordentlich groß. Der Zuhörerraum des Gerichts langte nicht entfernt für den Andrang aus. Die ganze Strafe stand voller Neugieriger, und die Polizei mußte unter diesen draußen stehenden Zuhörern sogar einige Verhaftungen vornehmen, weil sie sich „verkehrsstörend“ benahmen.

Abb. 4 (DNN, 17.06.1926, S. 3.)

Der Korrespondent berichtete von einem Prozess in Wilna (ehem. poln. Provinzstadt), gegen einen jüdischen Verein, dessen Aktivitäten, laut dem Berichterstatter, inakzeptable Formen angenommen haben. Dies resultiert aus dem angegebenen Zweck des Vereins, seinen Mitgliedern Diebstähle, Wechselfälschungen und sonstige Betrügereien „zu erleichtern“. Seine Aktivitäten wurden als segensreiche Tätigkeit“ bezeichnet. Die verwendeten Anführungszeichen stehen hier nicht in ihrer primären Funktion als Indikator der direkten Aussage eines Sprechers. Sie lassen sich von der Sprech-Akt-theoretischen Position als Gebrauch (use) und Erwähnung (mention) betrachten. Die Bedeutung des in einer Phrase genannten Denotas wird in einen divergenten, bzw. negierenden Sinn umgewandelt, nach dem Muster: Hans macht „überraschende“ Fortschritte ≈ Hans macht *keine* (*sichtbaren*) Fortschritte. Das meliorative Adjektiv *segensreich* erscheint in der zitierten Phrase „segensreiche Tätigkeit“ nicht in seiner Grundbedeutung, die sich mit synonymischen Begriffen darstellen lässt, wie *konstruktiv*, *gedeihlich*, *hilfreich*, *nützlich* etc., sondern in einem gegensätzlichen pejorativen Sinn, der sich mit Attributen wie *destruktiv*, *schädlich*, *bösartig* etc. beschreiben lässt.

Beim zitierten Artikel haben wir es mit einer Sprechhandlung zu tun, nämlich mit UMDEUTEN, dieser Typ der Sprechhandlung erscheint relativ häufig bei Charakterisierung von Aktivitäten der im Ausland lebenden Menschen jüdischer Abstammung.

Demgegenüber steht ein Kurzbericht, in dem das Schicksal der polnischen Juden bemitleidet wird:



Die antisemitischen Blätter Polens sind voll von einer Meldung über einen angeblichen Ritualmord bei Dobrzin an der Drenwenz, gegenüber von Gollub. Auf dem dortigen Friedhof wurde das Kind eines Zigeuners sterbend aufgefunden. Obgleich äußere Verletzungen an der Leiche nicht zu sehen waren, verbreitete sich mit außerordentlicher Schnelligkeit das Gerücht, das Kind sei einem Ritualmord zum Opfer gefallen. Es kam zu Ausschreitungen gegen Juden und ein Jude Flogberg wurde, nur auf die Aussage eines 15jährigen Mädchens hin, daß er dem aufgefundenen Kinde am Tage vorher Geld gegeben hätte, von der Polizei verhaftet.

Abb. 5 (DNN, 8.09.1926, S. 6.)

Das Kind hat noch sterbend erklärt, es sei „von einem Juden mit langem Bart erwürgt“ worden. Aufgefunden wurde das Kind auf dem jüdischen Friedhof. Der tatsächliche Sachverhalt dürfte jedoch anders sein. Das Kind, Lucia Gaman, die Tochter von Zigeunern, hatte am Tage vorher einen 300-Zlotyschein im Spiel zerrissen und ist wahrscheinlich aus Furcht vor Strafe geflohen und hat sich auf dem Friedhof versteckt gehalten. Auch die Aussage von dem angeblichen Juden mit dem langen Bart, dürfte nur auf Furcht zurückzuführen sein. Die Todesursache ist noch nicht festgestellt, da der Vater des Kindes die Untersuchung durch den Kreisarzt nicht zuließ, angeblich, weil der Arzt „ein jüdisches Aussehen habe“. Nach anderweitigen Meldungen soll der Vater der kleinen Lucia Gaman das Kind in seinem Zähjorn über den Verlust des Geldes schwer mißhandelt, mit einem Messer gestochen und dann über die Mauer des jüdischen Friedhofes geworfen haben.

In der Überschrift des Artikels steht eine Information über ein kriminelles Delikt, bei dem ein polnisches Mädchen einer Mordtat zum Opfer fiel. Der Vorfall wurde als „Ritualmord“ bezeichnet und mit einem modalen Adjektiv „angeblich“ attribuiert. Die Bezeichnung „Ritualmord“, definiert als „Mord zu rituellen Zwecken“ (Wahrig 1986:1072), hat eine lange Geschichte und verbindet sich mit unterschiedlichen Kulturkreisen und Regionen der Welt. In der europäischen Kultur „[...] waren Beschuldigungen, Juden hätten Ritualmorde an christlichen Kindern begangen, ein häufiger Vorwand für Pogrome und Justizmorde an ihnen. Angeblich von Juden getötete Kinder wurden bis in das 20. Jahrhundert in der katholischen Kirche als Selige oder Heilige verehrt, oft mit ausgeprägtem Brauchtum wie Wallfahrten und Prozessionen“ (Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ritualmord>). Das Motiv der Ritualmorde erschien in der Danziger Publizistik mit unterschiedlicher Häufigkeit und wurde mit angeblichen jüdischen Kultpraktiken verbunden,

im Unterschied zur gegenwärtigen Konnotation mit unterschiedlichen Sekten, Glaubensgemeinschaften² etc.

Im untersuchten Bericht tritt das Substantiv „Ritualmord“ mit dem Attribut „angeblich“ auf, verbunden mit der modalen Komponente des Zweifels, bzw. der Skepsis des Berichterstatters an der Beteiligung von Juden am Delikt. Aus dem Inhalt des Artikels geht ebenfalls hervor, dass die von den polnischen Blättern den Juden zur Last gelegene Mordtat vom Korrespondenten der DNN angezweifelt wird. Dies resultiert aus der Beschreibung der Vorgehensweise der polnischen Polizei: [...] ein Jude Floßberg, wurde, nur auf die Aussage eines 18jährigen Mädchens hin, [...] von der Polizei verhaftet., sowie aus weiteren modalgeprägten Aussagen: Der tatsächliche Sachverhalt dürfte jedoch anders sein, Auch die Aussage von dem angeblichen Juden mit dem langen Bart, dürfte nur auf Furcht zurückzuführen sein. Der sprachpragmatische Gehalt des Berichts weist auf zwei Arten von Sprachhandlungen hin, einerseits auf BERICHTEN, andererseits liegt hier ausdrücklich INZWEIFELSETZEN vor, mit dem jedoch nicht die Verknüpfung der Ritualmorde mit Juden, sondern die Aufrichtigkeit der Handlungsweise der polnischen Behörden gegenüber der jüdischen Minderheit angezweifelt wird.

Zur Charakteristik der Juden in den Publikationen der „Danziger Neuesten Nachrichten“ aus den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts wird ein Kurzbericht aus dem Jahr 1927 präsentiert:

Muschreitungen gegen den Film „Ben Hur“

Warschau, 24. Jan. Wie aus Bjalistok gemeldet wird, hat am Freitag der Rabbiner der Stadt gegen den Film „Ben Hur“, der an diesem Tage in Bjalistok gegeben werden sollte, den Bannfluch verkündet, worauf die Juden der Stadt das Kino stürmten, das Publikum vertrieben und den Film verbrannten. Der Kinodirektor, der die Absetzung des Films „Ben Hur“ abgelehnt hatte, wurde schwer verletzt. Da in Bjalistok Zusammenstöße zwischen Juden und Christen befürchtet werden, steht die Stadt unter militärischer Überwachung .

Abb. 6 (DNN, 24.01.1927, S. 3.)

Aus dem Bericht erfuhr der Leser von einem Ereignis in einer polnischen Stadt, bei dem eine Gruppe von Juden aktiv gegen die Vorführung eines Films vorging, wobei es zur Verbrennung des Filmstreifens kam. Die Aktion der Juden wurde im Bericht als Auslöser einer aufgeregten Stimmung unter der polnischen Bevölkerung genannt. Der Bericht wirkt einmal informativ,

² Vgl. folgende Beispiele aus der gegenwärtigen Presse: Der Ritualmord des Satanisten-Ehepaares wird immer bizarrer (Quelle: *Die Welt* 2002); Das Aktenzeichen 30/Js 154/01 ist der Code für das Böse und Bizarre: Ritualmord – vorgeblich auf Befehl des Teufels. (Quelle: *Die Welt* 2002); Auch hinter einem als Ritualmord getarnten Massaker, das sich in der Grenzstadt Matamoros am Golf von Mexiko ereignet hat, soll ein Rauschgiftling gestanden haben. (Quelle: *FAZ* 1994); Kurz nach dem Hijacking bezeichnete er sich als Mitglied der Aum-Sekte und verlangte die Freilassung des Gurus Shoko Asahara, der am selben Tag in Tokioter Untersuchungshaft die Anweisung zu einem Ritualmord gestanden haben soll. (Quelle: *Süddeutsche Zeitung* 1995) Zitate nach: http://wortschatz.uni-leipzig.de/cgi-bin/wort_www?site=22&Wort_id=14398670.

er lässt sich aus sprachpragmatischer Sicht als eine Form des BERICHTENS darstellen, dem eine andere Handlung begegnet, nämlich ENTRÜSTEN der Leser über die antisemitischen Tendenzen in Polen.

Die bisher präsentierten Pressebeiträge der „Danziger Neuesten Nachrichten“ stellen, quantitativ gesehen, eine relativ rudimentäre Gruppe dar, wobei die in Danzig ansässigen Juden sporadisch im Mittelpunkt der journalistischen Interessen standen. Ab und zu konnte man von kriminellen Delikten lesen, wobei die Zugehörigkeit zur jüdischen Minderheit nicht ausdrücklich, sondern mittelbar durch Darstellung von semitisch klingenden Namen, wie Juda Liebermann u.ä. verdeutlicht wurde. Die Zahl der Pressemitteilungen über die im Ausland lebenden Juden dominiert signifikant über die Zahl der mit Danziger Juden verbundenen Berichte. In dieser Gruppe bilden die Berichte aus Polen eine markante Gruppe gegenüber den Berichten aus anderen Ländern. Von den Berichten aus Polen schlägt eine sich rasant ausbreitende feindselige, abneigende Beziehung sowohl der Privatpersonen als auch Ämter gegenüber der jüdischen Minderheit durch. Antisemitische Tendenzen im Europa der 20er Jahre im 20. Jahrhundert wurden zum Thema zahlreicher wissenschaftlicher Abhandlungen³, die Autoren verweisen auf unterschiedliche Hintergründe dieser Erscheinung, darunter auf die Rolle der katholischen Kirche in der Verbreitung antijüdischer Klischees, die bis heute aufrechterhalten werden. Die Lektüre der Pressebeiträge der „DNN“ aus den zwanziger Jahren gibt dem Leser ausdrücklich zu verstehen, die Juden hätten in jener Zeit vonseiten der deutschen und Danziger Mitbürger und Behörden für ihre Existenz nicht zu befürchten.

Die dreißiger Jahre

Die Zahl der Zeitungspublikationen der „Danziger Neuesten Nachrichten“ zur jüdischen Problematik in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts ist weit größer als die in den 20er Jahren. Im dritten Jahrzehnt konnte man mit Mühe Presseberichte finden, die die jüdische Problematik erörterten. Im Zeitraum zwischen 1925 und 1927 gelang es dem Autor schätzungsweise um 20 Berichte zur jüdischen Problematik zu finden. In den Jahren 1935–1937 ist die Zahl der Judenberichte approximativ über 200 gestiegen. Jede Woche wurde der Leser mit Informationen konfrontiert, die mit Danziger, bzw. ausländischen Juden im Zusammenhang stand. Die gefundenen Berichte wurden thematisch gegliedert und einer sprechhandlungstheoretischen Analyse unterzogen. Im beschriebenen Zeitraum wird auf die Unterscheidung zwischen den Berichten über Danziger und ausländische Juden verzichtet, aufgrund der vergleichbar ähnlichen Darstellung dieser Gruppe von Korrespondenten der „Danziger Neuesten Nachrichten“.

Eine Gruppe der Berichte präsentiert Explikationen offizieller Behörden und Amtsträger zu diversen Problemen der jüdischen Minderheit in Danzig.

³ Vgl. <http://www.antisemitismus.net/osteuropa/antisemitismus.htm>,

Zur Charakteristik der Sprachhandlungen werden einige Beispiele angeführt.

Der nachfolgende Artikel erschien in einer Septemбераusgabe der „DNN“ im Jahre 1936 als Reaktion auf offizielle Beschwerde der jüdischen Stadtbe-wohner beim Danziger Senat. In dieser Zeit war der Danziger Senat überwie-gend von nationalsozialistischen Abgeordneten besetzt und realisierte das politische Programm der damals regierenden NS-Partei gegenüber Personen jüdischen Glaubens und jüdischer Abstammung, welches parallel in Deutsch-land und Danzig realisiert wurde. Im Bericht heißt es:

Die Beschwerden der Juden.

Die sehr umfangreichen Beschwerden der jüdischen Kreise in Danzig haben eine Behandlung durch den Juristenausschuß erfahren, durch die die Erwartungen der Beschwerdeführer kaum erfüllt worden sein dürften. Es handelt sich im wesentlichen darum, daß durch die Einrichtung bestimmter Berufsverbände unter nationalsozialistischer Führung die Juden befürchteten,

zu bestimmten Berufen

überhaupt nicht mehr Zutritt zu erhalten.

In Frage kommen Berufe der Notare, Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker und Zahnärzte. Die Beschwerdeführer beziehen sich auf den Artikel 73 sowie Artikel 91 der Verfassung, in dem es heißt:

„Zu den öffentlichen Ämtern sind alle männlichen und weiblichen Staatsangehörigen entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zugelassen.“

Abb. 7 (DNN, 10.09.1935, Beilage, S. 5.)

Mit Bezug auf die Wahl der Notare durch den Richterwahlausschuß sagt das Gutachten:

In Uebereinstimmung mit dem Senat, der diese Ansicht bestreitet, ist der Ausschuß der Ansicht, daß die vorstehend vorgebrachte Beschwerde nicht begründet ist. Wenn auch die Verfassung das Verfahren, das bei der Ernennung der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit befolgt werden soll, vorschreibt, so verbietet sie nicht, daß der für diesen Zweck vorgesehene Ausschuß von dem Gesetzgeber mit anderen öffentlichen Funktionen betraut wird, wie die Wahl von Beamten, die wie die Notare in sehr großem Umfange am Rechtsleben der Bevölkerung teilhaben, und die daher auf ihrem eigenen Gebiete als Personen angesehen werden müssen, die mit der Rechtspflege beauftragt sind.

In dem Wortlaut der Verordnung widerspricht daher nichts dem Grundsatz der von der Verfassung garantierten Gleichheit.

Gegenstand des Berichts ist die Antwort einer Senatsstelle, im Artikel Juristenausschuß genannt, auf die Beschwerde der Danziger Juden über befürchtete Einschränkungen bei Besetzung diverser Stellen in Danzig wie Notare, Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker und Zahnärzte. Die Juden beriefen sich dabei auf Paragraphen der Danziger Verfassung, die die Rechte aller Danziger Bürger gleichsetzte.

Der Juristenausschuß lehnte in der Antwort die Beschwerden als unbegründet ab. Aus der inhaltlich verwickelten Erklärung ergab sich, dass Fälle der Diskriminierung von Juden dem Ausschuss nicht bekannt gewesen seien,

daher sei der Vorwurf der Nichtbeachtung der verfassungsmäßigen Gleichheit nicht zutreffend gewesen. Vom Standpunkt der verwendeten Sprachhandlungen liegt beim präsentierten Bericht INFORMIEREN vor, begleitet von ABLEHNEN und RECHTFERTIGEN.

Maßnahmen der deutschen Behörden gegenüber der jüdischen Bevölkerung sind in der vierten Dekade immer häufiger anzutreffen, was zahlreiche Belege der „DNN“ dokumentieren. Die vorgenommenen Entscheidungen wurden rechtlich begründet und damit die Legitimität der gegen Juden geführten Unternehmungen nachgewiesen. So lesen wir in einer Septemberausgabe der „DNN“ von 1937:

Besondere Schulen für Juden.

Ein Erlaß des Reichsministers Ruß über Rassentrennung

Reichsminister Ruß gibt einen Erlaß heraus über Rassentrennung auf öffentlichen Schulen. Als Vorbereitung dazu werden Erhebungen über die Rassezugehörigkeit der Schülerschaft angeordnet, da zu Diern 1938 die Einrichtung von Judenthulen im Reich erfolgen wird.

In einem Kommentar, den das *DNB* verbreitet, wird darauf hingewiesen, dieser Erlaß sei ein Beweis dafür, daß die *NSDAP* in Deutschland keineswegs geneigt sei, ihren grundsätzlichen Rassestandpunkt aufzugeben.

Aus dem Erlaß ist noch folgendes ersichtlich: Bei den Pflichtschulen ist mit Rücksicht auf die auch für Nichtarier nach wie vor bestehende Schulpflicht eine Verweisung auf private Volksschulen nicht anständig. Vielmehr wird die Errichtung öffentlicher Volksschulen für Juden erforderlich werden. In diesen Schulen werden alle diejenigen Schüler und Schülerinnen zusammenzufassen sein, bei denen entweder beide Elternteile oder ein Elternteil jüdisch sind.

Abb. 8 (DNN, 11.09.1937 S. 3.)

Aus dem Bericht erfuhr der Leser von einer behördlichen Maßnahme in der Funktionierung der öffentlichen Schulen, wonach deutsche Schüler von Schülern jüdischer Abstammung getrennt wurden. Diese auf den ersten Blick unbegreifliche Entscheidung wurde mit dem Kommentar erläutert, die regierende Partei sei keineswegs geneigt gewesen, ihren grundsätzlichen Rassenstandpunkt aufzugeben. Die Begründung der Trennung der deutschen Schüler von ihren jüdischen Kommilitonen wird also als Realisierung der NS-Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung bezeichnet und sie wurde im Interesse der Wähler der regierenden Partei realisiert. Bei dem Bericht liegt ein behördliches BEKANNTGEBEN vor, dem Folge zu leisten war. Um potentielle Missverständnisse unter den Adressaten dieser Handlung abzubauen, wurde durch BEGRÜNDEN auf den Sinn der unternommenen Maßnahmen eingegangen. Im weiteren Teil des Berichts haben wir mit PRÄZISIEREN der Vorgehensweise bei der „Rassentrennung“ in den Privatschulen zu tun.

Zur Überzeugung der öffentlichen Meinung von der Richtigkeit der eingeführten behördlichen Maßnahmen wurden die Leser mit vergleichbaren

Handlungen gegenüber Juden im Ausland konfrontiert. Hier einige Beispiele:

Assistentenverband der Lemberger Hochschulen führt Arierparagrafen durch.

Die „Dak“ meldet aus Lemberg (Lwow):

„Der Kampf gegen den jüdischen Einfluss an den polnischen Hochschulen hat in Lemberg jetzt das erste positive Ergebnis gebracht. Auf der Generalversammlung des Verbandes der Assistenten der Lemberger Hochschulen, zu dem sowohl die Assistenten der Universität wie die der Technischen Hochschule gehören, war die Judenfrage Hauptgegenstand der Beratungen. Nach längerer Aussprache wurde für den Verband der Assistenten in die Satzung der Arierparagraf

aufgenommen. Diesem Paragraphen zufolge dürfen dem Verband der Assistenten der Lemberger Hochschulen in Zukunft weder Juden noch Personen jüdischer Abstammung angehören. Fast 20 Assistenten sind damit aus den Mitgliederlisten des Verbandes gestrichen worden.

Bemerkenswert ist die Entscheidung des Verbandes deswegen für ganz Polen, weil hier zum ersten Male nicht nach der Frage des Bekenntnisses, wie das bisher in Polen üblich war, sondern nach der Rassezugehörigkeit gegangen ist.

Abb. 9 (DNN, 2.02.1937 S. 6.)

Das Judentum in Belgien.

Die Zeitung der Rex-Bewegung in Brüssel kündigt die Veröffentlichung einer Untersuchung über den wirtschaftlichen Einfluss des Judentums in Belgien an. Aus dieser Veröffentlichung, schreibt die Zeitung, werde man ersehen, daß das Uebel größer sei, als man bisher geglaubt habe, und daß es sich schnell ausbreite. Antwerpen und Brüssel seien schwer heimgesucht. Die Zeit sei nicht mehr fern, wo das Judentum den wirtschaftlichen Rahmen sprengen und auf geistige Berufe übergreifen werde.

Abb. 10 (DNN, 27.07.1937 S. 3.)

Das Blatt fordert, daß dem Vordringen des Judentums in Belgien zunächst einmal mit Polizeimaßnahmen Einhalt geboten werde. Die jüdische Einwanderung und die massenhafte Einbürgerung der Juden müsse verhindert, die Ausbürgerung der Juden aber mit allen Mitteln gefördert werden. Ferner müssten die Juden den für den Handel erlassenen Vorschriften unterworfen und zur Bezahlung der Steuern streng angehalten werden. Schließlich wird noch eine genaue Ueberwachung der politischen Tätigkeit aller eingewanderten Juden, die nicht die belgische Staatsangehörigkeit besitzen, gefordert.

Juden aus Südafrika ausgewiesen

Aus London drahtet DNB.:

Wie aus Südafrika berichtet wird, haben in Johannesburg 2000 Ausländer die Anweisung erhalten, das Land wieder zu verlassen. Nach britischen Meldungen handelt es sich zumeist um Juden, die sich früher in Deutschland aufhielten, sowie um einige Russen und Armenier. Südafrika hat vor kurzem eine Verordnung erlassen, die die Wiederausweisung von Ausländern vorsieht, nachdem der Zustrom von unerwünschten Einwanderern zu stark geworden war.

Abb. 11 (DNN, 1.04.1937. S. 3.)

Die angeführten Artikel bestätigen die Maßnahmen der Danziger bzw. deutschen Behörden, deren Sinn in der Trennung, ggf. Isolation der jüdischen Bevölkerung von Städten, Gemeinden, Ämtern, öffentlichen Institutionen, Einschränkung der Gewerbetätigkeit etc. bestand. Der Leser konnte durch die zitierten Berichte über Behandlung der Juden im Ausland von Legitimität der behördlichen Unternehmungen in Danzig oder in Deutschland in der Beziehung zu den Juden überzeugt werden. Bei den Berichten lässt sich eine Sprechhandlung feststellen, nämlich VORTÄUSCHEN einer Vorstellung über eine Tendenz zur weltweiten Ablehnung der Juden als Mitbürger. Mit VORTÄUSCHEN verbindet sich auch eine Reihe von Berichten zur Verteidigung der Minderheitenrechte in der Freien Stadt Danzig. Hier ein Beispiel:

Erklärung der Danziger Regierung gegen Glaubensjhidkanen und Wirtschaftsboukott.

Die Pressestelle des Senats gibt folgende Erklärung der Danziger Regierung, unterzeichnet vom Senatspräsidenten, bekannt:

Wiederholt sind Befürchtungen laut geworden wegen der Behandlung der Bevölkerung, besonders der jüdischen Bevölkerung, hinsichtlich ihrer Abstammung und ihres Glaubens. Derartige Befürchtungen sind völlig unbegründet, denn die Verfassung der Freien Stadt Danzig schließt es aus, daß ihre Bewohner wegen ihrer Abstammung und ihres Glaubens in ihren Rechten irgendwie beeinträchtigt werden. Insbesondere sind Maßnahmen des wirtschaftlichen Boykotts unmöglich, da die Regierung jedem Bürger der Freien Stadt Danzig die sichere Gewähr seiner verfassungsmäßigen Rechte bietet. Die Regierung will - und weiß sich darin in Übereinstimmung mit der gesamten Bevölkerung - in den Schranken der gesetzlichen Ordnung einen lautereren wirtschaftlichen Wettbewerb, in dem allein die sachliche Leistung entscheidet. Sie wird alle gesetzlichen Mittel einsetzen, um dieser ihrer Auffassung Geltung zu verschaffen.

Dr. Kauschnig

Abb. 12 (DNN, 12.07.1934. S. 3.)

Die Danziger offiziellen Stellen bemühten sich, mit solchen Erklärungen die Vorstellung einer legitimen, auf dem Prinzip der Rechtspflege basierenden Machtausübung explizit auszubreiten. Das VERKÜNDIGEN der Erklärungen über die rechtstreue Art der Verwaltungsführung und gleiche Behandlung aller Stadtbürger gab der regierenden Partei in Danzig die Hoffnung auf die Unterstützung der Wähler. Solche Sprachhandlungen wirkten auch nach außen gegenüber dem Ausland. Die Maßnahmen der Danziger Behörden wurden in der europäischen Öffentlichkeit mit Aufmerksamkeit beobachtet, da die Danziger Nationalsozialisten im Ausland auf Misstrauen stießen. Die Bemühungen der Danziger Behörden um die Gerechtigkeitsvorstellung gehen ebenfalls aus dem folgenden Artikel der DNN vom Oktober 1937 hervor, einer Zeit, als die Verfolgung der Juden sich häufte und die Straßenlandschaft der Stadt ausmachte:

NGDAP. mißbilligt Ausschreitungen gegen jüdische Ladengeschäfte.

Die zahlreichen judenfeindlichen Aktionen, die schon seit über Jahresfrist auch in Polen zu verzeichnen sind, haben in höchst unerwünschtem Maße einen Zustrom ostjüdischer Elemente nach Danzig abgedrängt, der hier in steigendem Maße das Straßenbild durchsetzt. Diese Elemente haben sich gerade in der Altstadt Unterschlupf verschafft, und ihr Masseaufreten erfolgte in einer Weise, die keineswegs durch Bescheidenheit ausgezeichnet war und von dem Bewußtsein des Gastrechtes recht wenig erkennen ließ.

Abb. 13 (DNN, 25.10.1937, Beilage.)

Im Laufe des Sonnabends sind in einer Reihe von kleineren jüdischen Geschäften, namentlich der kleineren Nebenstraßen des Altstadtviertels, die Auslagenfenster zertrümmert worden. Diese Vorgänge, die sich mit vehementer Plötzlichkeit abspielten, hatten im wesentlichen jugendliche Täter als Urheber. Es sind beim polizeilichen Einschreiten Festnahmen erfolgt, die insgesamt etwa 70 Personen zur Siftierung brachten. Ein Teil mußte inzwischen wegen Mangels an Beweisen wieder freigelassen werden, während die übrigen dem Schnellrichter zugeführt werden und ihrer Aburteilung entgegensehen.

Im zitierten Teil des Artikels haben wir es mit einer Darstellung des Problems zu tun, welches die nach Danzig anreisenden Ostjuden bereiteten. Ihre Handelsaktivitäten in der Altstadt wurden als Grund für aggressive Handlungen gegen Judengeschäfte genannt. Die Juden wurden im Artikel als Diese Elemente bezeichnet, deren Masseaufreten [...] von dem Bewußtsein des Gastrechtes recht wenig erkennen ließ. Bei derartigen emotiven Personenbezeichnungen und ihrer Handlungsweise liegt kein objektives BERICHTEN vor, sondern vielmehr VERUNGGLIMPFEN von Einwanderern jüdischer Abstammung. Der Leser erfuhr, dass Urheber aggressiver Handlungen zur Verantwortung gezogen wurden, und damit wurde eine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass Vertreter der

nationalen Minderheiten unter Rechtschutz standen. Im weiteren Teil des Artikels fand der Leser einen Aufruf der in Danzig regierenden Partei an die Danziger Bevölkerung:

In die Bevölkrung in Danzig Innenstadt!
 Daß wir Nationalsozialisten Judegegner sind, ist allgemein bekannt. Daß wir dabei niemals zu Mitteln greifen werden, die uns schaden können, wird jeder wissen, der uns Nationalsozialisten als erfolgreiche Politiker kennengelernt hat.

Niemals werden wir die Urheber von Dummenjungenstreichern sein. Deshalb ist es selbstverständlich, daß kein Nationalsozialist mit dem Einwerfen von Fensterscheiben jüdischer

Geschäfte unserer Sache dient.

Es sei hierbei vermerkt, daß am Sonnabend am Dominikanerplatz das Auftreten einer Jüdin stark zur Steigerung der erregten Stimmung beigetragen hat dadurch, daß diese Frau von einem Fenster ihrer Wohnung aus durch wilde Beschimpfungen und Gesten die angesammelten Menschen entsprechend reizte,

Abb. 14 (DNN, 25.10.1937, Beilage.)

Mit dem Appell eines lokalen NS-Parteiaktivisten, sich den Gewaltakten gegenüber jüdischen Läden fernzuhalten, vollzog sich eine Sprachhandlung, nämlich AUFFORDERN der Gleichgesinnten zur Bewahrung der Ruhe. Paradoxerweise wird aus dem Appell die feindliche Haltung der Nazis gegenüber den jüdischen Stadtbewohnern sichtbar; die feindselige Politik der NS-Partei gegenüber Juden zur Zeit des Berichterscheinens im Jahre 1937, vier Jahre nach der Machtergreifung durch Hitler, war nach Verabschiedung der Nürnberger Rassengesetze für die deutsche Öffentlichkeit weitgehend unverkennbar und es war relativ unwahrscheinlich, Kritik in breiteren Bevölkerungsschichten zu erwecken.

Die jüdische Problematik erscheint in den „Danziger Neuesten Nachrichten“ in zahlreichen Berichten zu diversen Formen der Aktivität, die bei Zeitungslesern ihre Beziehung zu den Danziger Juden zu beeinflussen vermochten. In einer Reihe der Berichte wurden Juden als Urheber von Straftaten genannt. Es handelt sich dabei um Kriminaldelikte wie Fälschungen, Ausbeutung, Diebstähle, Mordfälle u.ä. Hier einige Beispiele:

Der Uhrenhändler aus Palästina. Beim Hausierhandel gefaßt.

Oft begeben sich jüdische Elemente, die in Polen kein geeignetes Tätigkeitsfeld finden, über die Grenze, um im Freistaatsgebiet, namentlich auf dem Lande, unlautere Geschäfte zu machen. Die Polizei hat ein wachsames Auge auf hausierende Ausländer und konnte deshalb in Liege am Mittwoch einen solchen Ausländer, Samuel Latke, festnehmen und dem Amtsgericht Liegenhof zuführen. Vor dem Schnellrichter betonte der Angeklagte seine Unschuld. Es

konnte jedoch bewiesen werden, daß L. von einem Altwarenhändler in Dirschau Uhren und Rasierklingen zu einem Schleuderpreis erworben hatte und die Sachen mit 200 Prozent Aufschlag im Großen Werder vertreiben wollte. Zum Schluß rüschte der Angeklagte dem Gericht das Märchen auf, daß er eigentlich nach Palästina in seine Heimat reisen wollte, doch sei das „Vaterland von den Engländern besetzt“. Das Urteil lautete auf 84 Ƨ Geldstrafe oder drei Wochen Haft. Jetzt versuchte L. das letzte Mittel und versprach das Geld von einem „Freunde in Liefau“ sofort zu holen, was ihm natürlich niemand glaubte.

Abb. 15 (DNN, 12.04.1935, S. 16.)

Der jüdische Mörder von Brest kommt vor den Richter.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist auf Grund von Augenzeugen im Laufe der Untersuchung nunmehr einwandfrei festgestellt worden, daß der Mörder des Polizisten Redziora in Brest nicht der Jude Uiczynk Szczerbowski, sondern dessen 18jäh- riger Sohn Welwel Szczerbowski ist. Dieser hat sich in der Voruntersuchung auch zu dem Morde bekannt. Er will den Mord aus Rache dafür verübt haben, daß der Polizist Redziora das aus Geheimschlachtungen stammende Fleisch beschlagnahmt hat. Der Prozeß gegen den Mörder beginnt wahrscheinlich am 15. Juni.

Abb. 16 (DNN, 12/13.06.1937, S. 6.)

Drei jüdische Geldschmuggler gefaßt.

Schon wieder hat die Dirschauer Devisenkontrolle einige Juden aus den Ostgebieten des Geldschmuggels überführen können. So konnte man dem Kaufmann Markus Knopf aus Lemberg 48 Wechsel in Höhe von 6894 Zloty, die er in verschiedenen Taschen und Kleiderfalten verborgen hatte, abnehmen. Weiter fand man bei dem 33jährigen Szmul Zalmanow aus Warschau einen Scheck und drei Wechsel im Betrage von 272 Zloty. Desgleichen konnte man bei dem Kaufmann Hersch Raz Nachmann aus Wlodzimierz verschiedene Wechsel beschlagnahmen.

Abb. 17 (DNN, 22.07.1936, S. 6.)

Jüdische Geldschränknacker verhaftet. In Danzig hinter Schloß und Riegel. – Sie arbeiteten nach modernen Methoden.

Wir konnten vor einigen Tagen davon berichten, daß es unserer Kriminalpolizei gelang, eines internationalen Hochstaplers von Format habhaft zu werden. Es handelte sich

um den jüdischen Scheckfälscher Loschinski.

Ueber dem Geschäft des Juweliers Wegner befand sich eine leerstehende Wohnung. Durch diese wählte die Gaunerbande ihren Weg.

Bald gelang es der Kriminalpolizei, die richtige Spur zu verfolgen, und sie konnte eine Reihe von Verhaftungen vornehmen. Es stellte sich heraus, daß alle am Einbruch Beteiligten

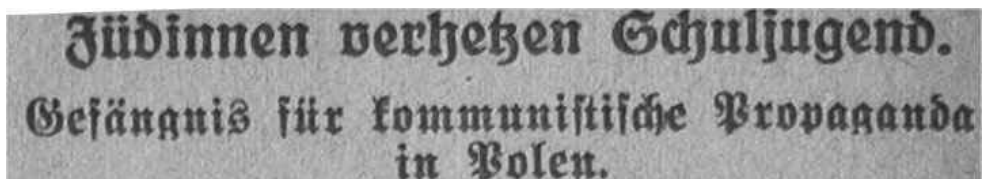
ausschließlich Juden

und - mit Ausnahme eines Danziger Staatsangehörigen - Bürger polnischer Nationalität sind, die in Danzig das Gastrecht genießen.

Abb. 18 (DNN, 21.09.1937, S. 5.)

Allen präsentierten Beispielen ist ein Merkmal gemeinsam. Die Berichtserstatter nennen in jeder Notiz die nationale Abstammung der Täter. Einerseits werden sie anonym als jüdische Elemente (Abb. 15) bezeichnet, andererseits direkt als Jude (Abb. 16, 17) oder mittels einer Wortgruppe „jüdisch + diverse Bezeichnungen der Kriminellen wie Geldschrankknacker, Hochstapler, Scheckfälscher etc. Vom Standpunkt der Sprechhandlungstheorie haben wir es mit GLEICHSETZEN zu tun. Personen jüdischer Abstammung wurden in den 30er Jahren konstant mit krimineller Betätigung gleichgesetzt. Diese Sprachhandlung schien in Berichten zur jüdischen Problematik prägnant zu dominieren. Eine nachhaltige Verwendung des GLEICHSETZENS einzelner Vertreter einer Minderheitengruppe mit negativ wirkenden Ausdrücken hat die Herausbildung bzw. Festigung von Klischees gegenüber der ganzen Minderheit zur Folge. Daraus resultiert eine andere Sprachhandlung, nämlich ÜBERTRAGEN der Merkmale von Individuen auf Gruppen. Diese Sprachhandlung gehört zu relevanten Methoden der Bildung von Klischees zu vorausgesetzten Zwecken.

Die letzte Gruppe der untersuchten Beiträge betrifft Informationen über politische Ansichten und Aktivitäten der jüdischen Gemeinschaft in Danzig und im Ausland. Zur Illustrierung des Problems zwei Beispiele:



DNB. Das Warschauer Bezirksgericht schloß einen Prozeß gegen eine Gruppe jüdischer Gymnastinnen ab, die in dem revolutionären "Verband der unabhängigen Schuljugend" zusammengeschlossen waren. Im Verlaufe des Prozesses wurde nachgewiesen, daß dieser Verband ein Ableger eines rein kommunistischen Jugendverbandes ist. Das Gericht verurteilte die Leiterin dieser kommunistischen Zelle zu fünf Jahren, ihre Gehilfin zu drei Jahren Gefängnis; vier weitere Jüdinnen wurden wegen ihres

jugendlichen Alters zur Unterbringung in eine Besserungsanstalt verurteilt. Die Jüdinnen hatten unter der Schuljugend eine lebhaft Propaganda für den Kommunismus und die Sowjetunion betrieben.

Abb. 19 (DNN, 5.07.1937, S. 6.)

Kommunistische Geheimversammlung ausgehoben.

Die Warschauer Polizei überraschte nachts eine kommunistische Geheimversammlung. Als die Polizei in die Wohnung eindrang, entstand unter den mehr als zehn versammelten Kommunisten eine Panik; sie versuchten, schleunigst durch das Fenster zu entfliehen. Sie wurden aber verhaftet. Unter den Verhafteten befindet sich eine seit langem gesuchte jüdische Kommunistin Sura Zelter, die den Kurierstab der Kommunisten in Polen leitet. Bei einem der Verhafteten wurde weiter ein genaues, sorgfältig stenographiertes Protokoll der Gerichtsverhandlung gegen Radek in Moskau gefunden.

Drei jüdische kommunistische Agitatoren aus Lodz wurden nach Bereza Kartuska gebracht.

Abb. 20 (DNN, 2.02.1937, S. 6.)

Die präsentierten Beispiele vertreten eine eklatante Gruppe von Artikeln und Berichten zur kommunistischen Betätigung der Juden. Ihre Aktivität wird bereits in Überschriften ersichtlich, so dass sich der Leser in den Inhalt des Berichts nicht zu vertiefen brauchte. Sie werden durch Sprachhandlungen wie GLEICHSETZEN der Personen jüdischer Abstammung mit kommunistischer Betätigung beeinflusst. Eine hochfrequente Veröffentlichung der Berichte zur jüdischen Aktivität (mehrere Artikel im Monat) führte zur Herausbildung der negativen Stereotype über Menschen jüdischer Abstammung. Die antijüdische Agitation der „DNN“ in den 30er Jahren führte zur Übertragung der negativen Vorstellungen von einzelnen kommunistischen Aktivisten auf die ganze jüdische Population.

Aus der bisherigen Analyse der präsentierten Beispiele von Berichten und Artikeln zur jüdischen Problematik ergibt sich ein Bild des Auftretens diverser Sprachhandlungstypen. Eine Klassifikation der Sprachhandlungen lässt sich einmal kontrastiv unter Berücksichtigung der Zeiträume durchführen, in denen Berichte über Juden erschienen, auf der anderen Seite nach Themenbereichen, die im präsentierten Material zusammengestellt wurden. Quantitativ gesehen, können wir im untersuchten Zeitraum 1925–1927 von relativ seltenen untersuchungswerten Berichten über Juden in den „Danziger Neuesten Nachrichten“ sprechen. In der Zahl wurden Berichte gefunden, in denen Menschen jüdischer Abstammung von der Position der Berichterstattung wertneutral präsentiert wurden. Hier beobachten wir überwiegend konstative Handlungen, wie BERICHTEN, DARSTELLEN. Ein Bericht zur Gründung einer Synagoge in Danzig=Langfuhr enthält modalen Charakter,

der sich durch positive Einschätzung der in Danzig lebenden Juden durch den Berichterstatter charakterisiert. Bei dem Bericht lassen sich subjektive Sprachhandlungen beobachten, wie LOBEN, bzw. ANERKENNEN.

In der Gruppe der Berichte, die sich mit Identifizierung der Juden in Danzig und im Ausland mit krimineller Betätigung auseinandersetzen, wurden Sprachhandlungen gefunden, wie GLEICHSETZEN der Menschen mit pejorativen Charaktereigenschaften. Berichte dieser Art wurden im dritten Jahrzehnt im Durchschnitt sporadisch in einem Jahrgang der „DNN“ aufgefunden. Vergleichbar selten trifft man Berichte zur Identifizierung der jüdischen Bevölkerung in Danzig und im Ausland mit kommunistischer Betätigung. Auch in dem Falle haben wir mit GLEICHSETZEN der Menschen mit herabsetzenden Merkmalen zu tun, wenn man bedenkt, dass die „Danziger Neuesten Nachrichten“ Kommunisten als politische Feinde gebrandmarkt hatten.

Die im vierten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts erschienenen Berichte zur jüdischen Problematik bilden eine erheblich größere Gruppe von über 200 Berichten im Zeitraum 1935–1937. In der Gruppe der Berichte über die Stellungnahme der Danziger offiziellen Stellen zu diversen Beschwerden der jüdischen Organisationen über die Benachteiligung ihrer Mitglieder wurden Sprachhandlungen wie ABLEHNEN der Vorwürfe, sowie RECHTFERTIGEN (Abb. 7) diverser Maßnahmen der Danziger Verwaltung gegenüber der jüdischen Minderheit festgestellt. Nicht vereinzelt wandten sich Vertreter des Danziger Senats oder der führenden Partei mit Appellen an die Bevölkerung, bei denen Sprachhandlungen wie AUFRUFEN, verbunden mit BEGRÜNDEN, bzw. PRÄZISIEREN (Abb. 12) der vorgenommenen Maßnahmen beobachten wurden. Die genannten Handlungen können als sprachliche Mittel zur Gewinnung der angesprochenen Adressatengruppe für die Realisierung der vorausgesetzten Ziele gegenüber der jüdischen Bevölkerung der Stadt betrachtet werden.

Unter den judenbezogenen Mitteilungen bilden Kriminalberichte eine umfangreiche Gruppe, in der die jüdische Abstammung der Täter explizit genannt wird. Im Unterschied zu den vergleichbaren Berichten aus dem dritten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts beobachten wir eine quantitative Veränderung. Kriminalberichte mit Juden im Mittelpunkt des journalistischen Interesses erschienen mehrmals im Monat. Die Art der Kriminaldelikte lässt sich in beiden untersuchten Jahrzehnten vergleichen, d.h. auch in den dreißiger Jahren konnte der Leser der „Danziger Neuesten Nachrichten“ von Betrügereien, Fälschungen, Geld- und Warenschmuggel über die Danzig-polnische Grenze, vereinzelt auch von Mordfälle, darunter auch von den Juden seit Jahrhunderten zugeschriebenen berüchtigten Ritualmorden lesen. Für diese Gruppe der Berichte sind Sprachhandlungen wie GLEICHSETZEN der Täter mit jüdischer Abstammung sowie ANFÜHREN jüdisch klingender Namen bzw. Vornamen der Täter wie Samuel (Abb. 15), Ajzyk, Welwel (Abb. 16), Sura (Abb. 20) charakteristisch.

Die gleichen Sprachhandlungen beobachten wir in der Gruppe der Berichte über kommunistische Betätigung der Personen jüdischer Abstammung in Danzig und im Ausland. Die Berichterstatter nannten die Abstammung der

festgenommenen Täter, bzw. jüdisch klingende Namen oder (und) Vornamen. Eine hochfrequente Erscheinung der Informationen über eine kommunistische Betätigung der Juden führte zum ÜBERTRAGEN der kommunistischen Ansichten der Einzelpersonen auf die gesamte jüdische Gemeinschaft. Die im untersuchten Sprachmaterial identifizierten Sprachhandlungen lassen sich tabellarisch darstellen, wie folgt:

Tabelle der Sprachhandlungen im untersuchten Sprachkorpus

Themenbereiche	Sprachhandlungen			
	Die Zwanziger Jahre	Prozentsatz der gefundenen Berichte	Die Dreißiger Jahre	Prozentsatz der gefundenen Berichte
Koexistenz der Juden mit dem Gastland	BERICHTEN, MITTEILEN LOBEN, ANERKENNEN,	100%	–	0%
Jüdische Beschwerden über Verletzung der Minderheitenrechte	BRANDMARKEN, KRITISIEREN der ausländischen Maßnahmen gegenüber Juden	0%	ABLEHNEN der jüdischen Beschwerden, RECHTFERTIGEN der Danziger/reichsdeutschen amtlichen Maßnahmen gegenüber Juden, APPELLIEREN an Zurückhaltung gegenüber Juden	100%
Asoziale Aktivitäten der Juden	UMDEUTEN der positiv wertenden, meliorativen Begriffe in ihr pejoratives Gegenteil, ENTWERTEN	10%	GLEICHSETZEN der Täter mit jüdischer Abstammung, ÜBERTRAGEN der negativen Urteile von Individuen auf Gruppen	90%
Antisemitismus im Ausland	ENTRÜSTEN, EMPÖREN über antijüdische Maßnahmen des Auslandes	30%	BERICHTEN von Isolierung der Juden vom öffentlichen Leben im Ausland	70%
Jüdische Kommunisten		0%	GLEICHSETZEN der Täter mit jüdischer Abstammung, ÜBERTRAGEN der negativen Urteile von Individuen auf Gruppen	100%
Gesamtzahl der gefundenen Berichte	20		200	

Die vorliegende Tabelle gibt eine Vorstellung über Qualität und Quantität der verwendeten Sprachhandlungen im gefundenen Wortkorpus. Die jüdische Volksgruppe wurde in den 20er Jahren relativ selten zum Thema der Berichterstattung der „Danziger Neuesten Nachrichten“. Am häufigsten konnten Berichte zum Antisemitismus im Ausland festgestellt werden, wobei die Benachteiligung der Juden durch ausländische Behörden von Berichterstattern der „Danziger Neuesten Nachrichten“ mit ENTRÜSTEN und EMPÖREN gebrandmarkt wurde (vgl. Abb.3). Die Untersuchung des Zeitungsmaterials aus den 20er Jahren ergab keine Meldung zu jüdischen Beschwerden über Verletzung der Minderheitenrechte in Danzig und im deutschen Reich, was von einer weitgehenden Symbiose der Danziger Deutschen mit Gläubigen mosaischen Bekenntnisses zeugen kann. Relativ selten wurden Meldungen zu Kriminaldelikten mit Beteiligung der Juden publiziert. Zuletzt wurden vereinzelt aufwertende Berichte über Danziger Juden veröffentlicht, die eine friedliche Koexistenz dieser Gruppe mit der Danziger Bevölkerung betonte (Abb. 1 u. 2).

Die Berichterstattung der „DNN“ in den dreißiger Jahren unterscheidet sich vor allem quantitativ von der im vorangehenden Jahrzehnt. In dem vierten Jahrzehnt konnte der Leser über kriminelle und kommunistische Aktivitäten der Juden mehrmals in einer Woche lesen. Die Journalisten verwendeten dabei auffälligerweise Sprachhandlungen wie GLEICHSETZEN der Täter mit jüdischer Abstammung sowie ÜBERTRAGEN der negativen Urteile von Individuen auf ganze Gruppen, so dass mehrfache Berichte über lästige Juden einen Grund zur Herausbildung abschätziger Vorurteile gegenüber der jüdischen Nationalität lieferten. Die Zeitung veröffentlichte gelegentlich jüdische Beschwerden über Verletzung ihrer Bürgerrechte in Danzig und im Ausland, die aus dem in europäischen Ländern anhaltenden Antisemitismus resultierten. Im Unterschied zu den zwanziger Jahren beobachten wir in der Berichterstattung der dreißiger Jahre zwei Arten von Sprachhandlungen. Auf Beschwerden der Danziger Juden wurde in der Regel mittels ZURÜCKWEISEN der Vorwürfe, bzw. mit RECHTFERTIGEN der diskriminierenden Maßnahmen der Danziger Behörden reagiert.

Im publizistischen Material aus dem erwähnten Sprachraum wurden parallel zu den Beschwerden der Danziger Juden Meldungen über Diskriminierung ihrer Landsleute im Ausland publiziert, die die Maßnahmen der Danziger Behörden durch Vortäuschen einer europaweiten Ablehnung der Juden legitimierten.

Das publizistische Material der dreißiger Jahre zeichnet sich außerdem durch einen Mangel an Informationen über gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen Danziger Deutschen und Juden, wie es in den zwanziger Jahren gelegentlich der Fall war. Im Gegensatz dazu stehen zahlreiche Berichte aus dem vierten Jahrzehnt über kommunistische Betätigung der Juden, was in den zwanziger Jahren nicht festgestellt werden konnte.

Bibliographie

- Andrzejewski, Marek (1979): Szkic dziejów największej gazety w Wolnym Mieście Gdańsku – Danziger Neueste Nachrichten. In: Gdańskie Zeszyty Humanistyczne 21, Nr.25, S. 79–88.
- Andrzejewski, Marek (red.) (1999): Prasa gdańska na przestrzeni wieków, Gdańsk.
- Beck, Götz (1980): Sprechakte und Sprachfunktionen, RGL 27, Tübingen.
- Breuer, Ulrich, Korhonen, Jarmo Hrsg. (2001): Mediensprache – Medienkritik, Frankfurt am Main.
- Burger, Harald (1990): Sprache der Massenmedien, Berlin New York.
- Hindegang, Götz (2000): Einführung in die Sprechakttheorie, Tübingen.
- Kowalak, Tadeusz (1971): Prasa niemiecka w Polsce 1918–1939, Warszawa.
- Polenz, Peter von (1988): Deutsche Satzsemantik, Berlin New York.
- Wagner, Franz (2001): Implizite sprachliche Diskriminierung als Sprechakt, Tübingen.
- Wahrig, Gerard (1986): Deutsches Wörterbuch, München.
- Weigand, Edda (2003): Sprache als Dialog, Tübingen.
- Wunderlich, Dieter (1976): Studien zur Sprechakttheorie, Frankfurt am Main.

Internetquellen

- <http://de.wikipedia.org/wiki/Ritualmord>
<http://www.antisemitismus.net/osteuroopa/antisemitismus.htm>
<http://wortschatz.uni-leipzig.de>